

Laibacher Zeitung.

Nr. 38.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Freitag, 15. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen der Zeile 3 kr.

1884.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. Februar d. J. dem Rechnungsrevidenten im k. k. Finanzministerium Eduard Sellner tagfrei den Titel und Charakter eines Rechnungsrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Dunajewski m. p.

Erkenntnis.

Das k. k. Ministerium des Innern hat unterm 9. Februar 1884, B. 442/M. I., der in Chicago erscheinenden Zeitschrift „Svoboda“ auf Grund des § 26 des Pressegesetzes den Postdebit für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder entzogen.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben der zur Ortsgemeinde Nieder-Edlitz gehörigen Catastralgemeinde Eggmanns im politischen Bezirke Waidhofen an der Thaya in Niederösterreich für die durch ein Schadenfeuer am 9. Oktober 1883 verunglückten Insassen eine Unterstützung von 300 fl. aus der Allerhöchsten Privatschatulle allergnädigst zu bewilligen geruht.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie die „Klagenfurter Zeitung“ meldet, der Kirchenvorsteherin zu Maria-Saal zur Restaurierung des dortigen Domes 1000 fl. und der Gemeinde Emmersdorf zur Gründung einer Feuerwehr 60 fl., ferner, wie die „Linzer Zeitung“ berichtet, zur Renovierung der St. Mathias-Pfarrkirche in Vinz 200 fl., schließlich, wie die „Brünner Zeitung“ mittheilt, zum Schulbaue in Dalecin 100 fl., der Gemeinde Kollasch zum Schulbaue 100 fl., der Gemeinde Ralsic zu gleichem Zwecke 150 fl. und dem Presbyterium der evangelischen Pfarrgemeinde S. C. zu Ingrobie zur Anschaffung von Kirchenglocken 100 fl. zu spenden geruht.

Parlamentarisches.

Wien, 12. Februar.

Die Regierungsvorlage, welche Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident Graf Taaffe als Leiter des Ministeriums des Innern dem Abgeordnetenhaus in betreff einer Vermehrung der Sicherheitswache in Wien unterbreitet hat, lautet: „Aus Anlaß der unabwiesbaren Nothwendigkeit, den der-

maligen Stand der Sicherheitswache für Wien und den dazu gehörigen Polizeirayon um 352 Mann zu vermehren, ergibt sich über das in den Staatsvoranschlag des Ministeriums des Innern für das Jahr 1884 bereits einbezogene Erfordernis bei dem Titel „Öffentliche Sicherheit“ für das Jahr 1884 ein Mehrauspruch von 204 300 fl., welchem jedoch Einnahmen im Gesamtbetrage von 51 530 fl. gegenüberstehen.“

Zu den Kosten dieser Vermehrung haben, da von derselben ein Drittel außerhalb des Gemeindegebietes von Wien zur Verwendung gelangen wird, die außerhalb des Wiener Gemeindegebietes liegenden und in den Wiener Polizeirayon einbezogenen Gemeinden als 15proc. Beitragsquote rund 10 215 fl. und die Gemeinde Wien als 30,3proc. Beitragsquote rund 41 315 Gulden, zusammen 51 530 fl. zu entrichten.

Inbetreff der einzelnen Kategorien des Personalstandes umfaßt die Vermehrung 11 Revier-Inspectoren der ersten Rangklasse, 12 Inspectoren höherer Gebühr, 12 Inspectoren minderer Gebühr, 59 Wachmänner höherer und 259 Wachmänner minderer Gebühr.

Den erläuternden Bemerkungen ist Folgendes zu entnehmen: Im Jahre 1878 wurde der mit 2708 Mann systemisirte Stand der k. k. Sicherheitswache in Wien auf 2348 Mann reducirt, daher um 360 Mann vermindert. Bei Durchführung dieser Maßregel war die Rücksicht maßgebend, daß hiedurch nicht nur die Einführung von Aenderungen im Beamten-Organismus der Wiener Polizeidirection, die sich im Dienstesinteresse als unabwiesbar notwendig herausstellten, ohne Mehrbelastung des Staatsschatzes ermöglicht, sondern auch die sehr namhafte Ersparnis von über 200 000 fl. am Gesamtaufwande für die öffentliche Sicherheit in Wien und Umgebung erzielt wurde, ein Umstand, der umsomehr ins Gewicht fiel, als bei den Beratungen des Abgeordnetenhauses des hohen Reichsrathes über den Staatsvoranschlag des Ministeriums des Innern wiederholt, und so namentlich im Jahre 1877, der Wunsch nach einer Reducierung der Ausgaben für den Sicherheitsdienst in Wien ausgesprochen wurde und die damaligen Sicherheitszustände immerhin die Hoffnung nicht unbegründet erscheinen ließen, daß es auch mit dem verminderten Stande der Sicherheitswache möglich sein werde, das Auslangen zu finden.

Seither haben aber die Verhältnisse, unter denen die Verminderung der Wache zulässig erschien, eine

gründliche Veränderung erfahren. Die Bevölkerung des Wiener Polizeirayons, welcher einen Flächenraum von 14 966 Hektaren umfaßt, hat sich im Laufe der letzten sechs Jahre um nahezu 100 000 Seelen vermehrt und beträgt gegenwärtig 1 169 209 Einwohner. Es kommt daher in Wien ein Wachorgan auf 6,3 Ar und 498 Einwohner, welches Verhältniß gegenüber der Stärke der Sicherheitsorgane in anderen großen Städten als ein sehr ungünstiges bezeichnet werden muß.

Weiters kommt in Betracht, daß in den letzten Jahren die Zahl der öffentlichen Anlagen, Plätze, der Straßen und Häuser bedeutend gestiegen ist, die öffentlichen Verkehrsmittel erheblich gewachsen sind und die der Polizeibehörde gestellten Aufgaben sich in vielfacher Richtung namhaft vermehrt und schwieriger gestaltet haben. Diesen gesteigerten Anforderungen an den Sicherheitsdienst konnte nur dadurch möglichst entsprochen werden, daß jedes einzelne Wachorgan in erhöhtem Maße zu Dienstleistungen zugezogen wurde. Die üblen Wirkungen der übermäßigen Anspannung der vorhandenen Kräfte ließen auch hier nicht lange auf sich warten.

Die Fälle der Erkrankungen, die Zahl der zeitlich und bleibend dienstunfähig gewordenen Organe mehrten sich unablässig, und es ist die Befürchtung begründet, daß bei dem aufreißenden Sicherheitsdienste, wie ihn namentlich die letztere Zeit erfordert hat, auch der gesunde Grundstock der Sicherheitswache den künftigen Dienstansforderungen nicht mehr gewachsen sein wird.

Diese allgemeinen Erwägungen und die immer fühlbarer werdende Unzulänglichkeit der Wache sowohl in Wien als auch in den Vororten haben die Polizeidirection und die Statthalterei in Wien so wie das Ministerium des Innern zu der Ueberzeugung geführt, daß der im Jahre 1878 systemisirte, beziehungsweise reducirte Stand der Sicherheitswache in Wien von 2348 Mann zur befriedigenden Handhabung des Dienstes nicht mehr genüge und daß eine Vermehrung desselben unbedingt notwendig erscheine.

In Anerkennung dieses in der zweiten Hälfte des verflossenen Jahres immer dringender gewordenen Bedürfnisses hat das Ministerium des Innern über Antrag des Statthalters von Nieder-Österreich den Präsidenten der Polizei-Direction in Wien bereits im September v. J. ermächtigt, die Vorverhandlungen zu der für notwendig erkannten Vermehrung der Sicherheitswache einzuleiten und namentlich wegen Aufbringung der

Keller, den Erdäpfelacker, die Wiese und das Obst in Pacht geben, natürlich mit dem Vorbehalt, daß mein Vater nachträglich zustimmt und daß es nur so lange zu gelten hätte, als er nicht zurückkommen oder die Wirtschaft selbst betreiben kann.“

„Im, warum denn nicht?“ versetzte Schieferer. „Der Pacht würde mir und meiner Familie nicht viel Mühe machen. Was verlangst du denn für einen Pachtzins, Broni? Wie du weißt, läßt sich dabei nicht viel verdienen.“

„Das kann ich nicht ausrechnen und verstehe es zu wenig,“ antwortete Broni. „Ich überlasse es Eurer Rechtschaffenheit und dem Willen meines Vaters. Ihr müßt es aber sogleich ins Werk setzen, und Ihr gebt mir Unterkunft, bis ich einen Dienst habe.“

„Gut!“ sagte der Häusler. „Mein Weib und unsere größere Tochter können die Sache dort übernehmen, und abwechselnd kann ich da und dort sein.“

Broni war nun über die Hauptsache beruhigt, sie hatte jedoch noch eine Bitte auf dem Herzen. „Lieber Nachbar, ich muß Euch noch um etwas ersuchen,“ sagte sie mit einiger Verlegenheit. „Es thäte mir weh, wenn ich meiner armen Mutter nicht auf eine anständige Weise die schulbige „lechte Ehre“ erweisen könnte. Ich möchte dafür sorgen, daß ihr Begräbniß nicht so armselig ausfällt, wie es bei Leuten unseres Standes oft geschieht. Dazu aber,“ sie stockte etwas mit der Rede, „brauche ich noch einige Gulden. Lieber Schieferer, könnt Ihr sie mir nicht einstweilen vorstrecken und dieses Geld als eine Abschlagszahlung betrachten?“

Der Häusler aber war selbst arm, und er sprach die Wahrheit, indem er trübsinnig sagte: „Gutes Kind, das kann ich nicht. Ich stehe auf jedem Gulden an; sonst thäte ich es gern und würde von dir keinen Schuldschein darüber verlangen.“

Broni war über die abschlägige Antwort einigermaßen betroffen, bereute aber ihre Unüberlegtheit und sagte bescheiden: „Verzeiht mir, lieber Nachbar, daß ich eine solche Forderung an Euch gestellt habe! Dafür aber bleibt es bei dem übrigen, wie wir es ausgemacht haben?“

„Ja, ja, es gilt schon,“ sagte Schieferer und gab ihr seinen ehrlichen Handschlag zum Pfande. „Meine Alte soll gleich bei dir bleiben.“

Broni stand jetzt eine Weile wie in Gedanken verloren; sie dachte schweren Herzens an die Verdringung der Mutter und wußte nicht, wie sie die Auslagen dafür bestreiten sollte.

Von den verhängnisvollen Ereignissen des Tages und vom Gefühle der Armut tief niedergebeugt, gieng sie jetzt nach Wernstein zum Pfarrer und bestellte das Begräbniß, „anständig, nach der dritten Classe,“ auf die Gefahr hin, die Kosten dafür eine Zeitlang schuldig bleiben zu müssen.

Auf dem Heimwege holte sie Leopold ein, der eben im Begriff war, zu ihr heraus zu kommen. Er hatte durch den Wundarzt den unerwarteten Trauerfall erfahren und wollte sich beeilen, ihr sein inniges Beileid zu bezeigen. Leopold begleitete sie zur Sölde, und was hatten sich die Liebenden bis dahin einander zu erzählen, wie viel Leid zu klagen!

Dennoch war für Broni der Anblick Leopold's wie der eines schützenden Engels. Er hörte nun alles, was sie gestern in Schärding erlebte, was in der Nacht und am Morgen geschehen war und was sie heute mit Schieferer verhandelt hatte. Unter diesen Mittheilungen und Besprechungen erreichten sie die Sölde, wo sie das Weib Schieferers nicht störte, da die rührige Alte draußen im Stalle arbeitete.

(Fortsetzung folgt.)

Fenilleton.

Der Kleinhäusler.

Erzählung aus dem obderennsischen Volksleben

von C. A. Kastenbrunner.

(27. Fortsetzung.)

15. Verpachtung der Sölde.

Die mittelidige Häuslerin trug sich Broni sogleich an, ein paar Tage bei ihr zu bleiben, „bis,“ wie sie meinte, „das Aergste vorüber sei.“

Broni nannte das mit Recht „einen unbezahlbaren Freundschaftsdienst, den ihre Dankbarkeit zeitweilig nicht vergessen wird.“

Am Nachmittage, wie sie sich vorgenommen hatte, gieng sie zum Schieferer, der diesen Tag daheim beschäftigt war und sie bereits erwartete.

Broni hatte ihm einen Antrag zu machen, den sie unter den jetzigen Verhältnissen als das Zweckmäßigste erkannte; es fiel ihr aber sehr schwer, die Einleitung dazu vorzuschicken, in welcher sie „das Unglück“ ihres Vaters und die Ungewissheit seiner Zukunft berühren mußte. Als dies geschehen war, sagte sie zum Häusler, der von dem bösen Schicksale Dominik's ohnehin genau unterrichtet war und die Tochter herzlich bedauerte: „Da seht Ihr wohl selbst ein, lieber Schieferer, daß mir nichts anderes übrig bleibt, als mich um einen Dienst umzusehen und die Sölde zeitweilig, so lang der Vater abwesend ist, in Pacht zu geben. Ihr aber wäret der rechte Mann, auf den ich mein ganzes Vertrauen habe und dem ich alles, wie es liegt und steht, übergeben könnte. Wenn Ihr Euch also entschließen könntet, so würde ich Euch das Häuschen nebst der Einrichtung, den Stall und

durch dieselbe bedingten Kosten, insofern sie die Commune Wien und die beitragspflichtigen Gemeinden des Wiener Polizeirahons betreffen, mit dem Bürgermeister von Wien und den Vorständen der übrigen Gemeinden das Einvernehmen zu pflegen. Dabei wurde als Grundlage der Verhandlungen bestimmt, daß von der neu aufzustellenden Mannschaft zwei Drittel auf Wien und ein Drittel auf die im Polizeirahon liegenden Gemeinden zu entfallen haben werden.

Mit Beginn des laufenden Jahres hat nun der Statthalter das Ergebnis der diesjährigen Verhandlungen und die auf denselben beruhenden Anträge des Präsidenten der Polizeidirection vorgelegt. Diese Anträge bezwecken: 1.) die Vermehrung der k. k. Sicherheitswache in Wien um 352 Mann, wodurch bloß der im Jahre 1871 systemisiert gewesene Stand von 2700 Mann wieder erreicht wird; 2.) die Errichtung von 11 in dem obigen Gesamtstande bereits inbegriffenen Revier-Inspectorstellen der XI. Rangklasse, gegen gleichzeitige Auflösung einer Revier-Inspectorstelle der X. Rangklasse.

Die Nothwendigkeit dieser nunmehr unausschießbaren Vermehrung wird nicht nur mit den am Eingange dieser Darstellung angedeuteten Verhältnissen, sondern auch mit der Hinweisung auf eine ganze Reihe bedenklicher Erscheinungen und Vorfälle motiviert, welche sich in jüngster Zeit im Wiener Polizeirahon ergeben haben und die öffentliche Ordnung und Sicherheit in hohem Grade gefährdet erscheinen lassen.

Insbefondere wird auf den am Wechselstuben-Inhaber Heinrich Eiserl und seiner Familie verübten grauenhaften Raubmord hingedeutet, und es bedarf schon im Hinblick auf dieses Verbrechen wohl keines weiteren Beleges dafür, daß der immer zunehmenden Unsicherheit nur durch eine ausgiebige Vermehrung der Wache wirksam gesteuert sowie der Person und dem Eigenthume ein ausreichender Schutz gewährt werden kann.

Die Errichtung von 11 Revier-Inspectorstellen der XI. Rangklasse wird damit begründet, daß die Schaffung dieser Mittelstelle zur nöthigen Aufmunterung und Aneiferung im Wachcorps wesentlich beitragen und demselben intelligente Elemente, welche sonst anderwärts ihr Fortkommen suchen, zuführen würde.

Die Kosten der beantragten Vermehrung der Sicherheitswache um 352 Mann, einschließlich der Beamtenchancen, werden mit dem Jahreserfordernisse von 205.813 fl., wozu für das erste Jahr noch an Kosten der ersten Aufstellung (Masse-Einlagen) der Betrag von 29.070 fl. zuzurechnen ist, beziffert, und wären theils vom Staate, theils von der Commune Wien und den beitragspflichtigen Gemeinden nach dem festgesetzten Verhältnisse zu tragen.

Dieses Erfordernis wird sich auf das Jahr 1884 mit Rücksicht auf den Zeitpunkt der Aufstellung der neuen Mannschaft geringer gestalten und in den folgenden Jahren auch dadurch vermindern, daß die Masse-Einlagen, die sich bei der ersten Aufstellung ergeben, in späterer Zeit entfallen und nur mehr für die zur Ergänzung des Abganges im Mannschafstande neu aufgenommenen Wachen erforderlich sein werden.

Die Commune Wien hat sich zur Uebernahme der vertragsmäßigen Beitragsquote unter der Bedingung bereit erklärt, daß diese Wachorgane nur zum executiven Sicherheitsdienste verwendet werden, die Zahl der wegen Halbinvalidität zu anderen Localpolizeidiensten abkommandierten Wachorgane nicht vermehrt und der Magistrat über die Dislocation der Wache in Evidenz gehalten werde. Allen diesen Bedingungen wird entsprochen werden.

Von den 32 beitragspflichtigen Gemeinden haben sich 19 bedingungslos, 6 bedingt für und 7 gegen eine Vermehrung der Wache ausgesprochen.

Es kann jedoch diese ablehnende Haltung aus dem Grunde nicht berücksichtigt werden, weil nach § 1 des Landesgesetzes vom 28. Jänner 1873, Nr. 19 L. G. Bl., diese Gemeinden verpflichtet sind, 15 Procent der Kosten der den betreffenden Polizeibezirks-Commissariaten zugewiesenen Abtheilung der Sicherheitswache zu bestreiten, ohne daß mit ihnen ein besonderes Einvernehmen zu pflegen wäre, wie mit der Commune Wien.

Nach den gestellten Anträgen wird sich künftighin der nachfolgende Stand der Wache ergeben: 1 Centralinspector, 4 Oberinspectoren, 11 Bezirksinspectoren, 11 Revierinspectoren der X. Rangklasse, 11 Revierinspectoren der IX. Rangklasse, 112 Inspectoren höherer Gebühr, 112 Inspectoren niederer Gebühr, 1219 Sicherheitswachen höherer und 1219 Sicherheitswachen niederer Gebühr.

Bei der ganz besonderen Dringlichkeit dieser Angelegenheit sind die Einleitungen zur Aufstellung der erforderlichen Sicherheitsmannschaft, deren Ausnahme im Sinne der organischen Bestimmungen der Sicherheitswache vorläufig nur provisorisch erfolgt, in Anbetracht der verfassungsmäßigen Bewilligung der erforderlichen Mittel bereits getroffen worden.

Der von der Regierung im Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Advocaten-

ordnung vom 6. Juli 1868, enthält folgende Bestimmungen:

„Artikel 1. Die §§ 2 und 7 der Advocatenordnung vom 6. Juli 1868 werden abgeändert und haben zu lauten wie folgt:

§ 2. Die praktische Verwendung ist durch eine von dem Zeitpunkte der erfüllten gesetzlichen Bedingungen zum Eintritte in die Gerichtspraxis zu berechnende achtjährige Praxis nachzuweisen, und zwar: a) durch eine während zweier Jahre bei Gerichtsbehörden dieser Königreiche und Länder vollstreckte civil- und strafgerichtliche Praxis, wovon mindestens ein Jahr bei einem Gerichtshofe erster Instanz zu vollstrecken ist. Diese zweijährige Gerichtspraxis muß vor dem Antritte der weiteren Praxis vollendet sein; b) durch eine während sechs Jahren bei einem Gerichte oder einem Advocaten in diesen Königreichen und Ländern vollstreckte Praxis, wovon wenigstens drei Jahre nach erlangtem Doctorate bei einem Advocaten zugebracht werden müssen. Die Praxis bei einer k. k. Finanzprocuratur ist der bei einem Advocaten zurückgelegten Praxis gleich zu achten.

Die gerichtliche Praxis ist durch das Gericht, jene bei einem Advocaten durch den Ausschuss der Advocatenkammer, die bei einer Finanzprocuratur durch diese zu bestätigen.

§ 7. Nach erfolgter Eidesablegung hat der Bewerber bei dem Ausschusse der Advocatenkammer, in deren Sprengel er seinen Wohnsitz nimmt, unter Angabe der letzteren und unter Nachweisung der Prüfung und Eidesablegung sowie der Erfüllung der gesetzlichen Erfordernisse des § 1 a und b seine Eintragung in die Advocatenliste zu erwirken. Der Ausschuss hat die Eintragung zu verweigern, wenn dem Bewerber ein in den Bestimmungen dieses Gesetzes oder des Strafgesetzes begründetes Hindernis entgegensteht; er kann die Eintragung auch wegen Vertrauensunwürdigkeit des Bewerbers unter Angabe der Gründe verweigern. Inwiefern die Eintragung infolge eines Disciplinarerkenntnisses zu verweigern ist, bestimmen die Disciplinarrvorschriften. Gegen jede Verweigerung einer Eintragung in die Advocatenliste steht dem Bewerber das Recht der Berufung an die Advocatenkammer und von dieser an den Obersten Gerichtshof zu. Die erfolgte Eintragung ist dem Oberlandesgerichte, dem Obersten Gerichtshof und dem Justizministerium durch den Ausschuss anzuzeigen und durch die Wiener sowie durch die amtliche Landeszeitung zu veröffentlichen.

Artikel 2. Von der Nachweisung der in dem vorstehenden § 2, lit. a vorgeschriebenen zweijährigen Gerichtspraxis sind jene Bewerber befreit, welche bei Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes die bisher vorgeschriebene einjährige Gerichtshofpraxis bereits vollstreckt haben. Die Anwendung der vorstehenden Bestimmung hat die entsprechende Abkürzung der im § 2 vorgeschriebenen achtjährigen Gesamtpraxis zur Folge. Bewerber, welche bei Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes einen Theil der nach § 2, lit. b vorgeschriebenen Advocatur- und beziehungsweise Finanzprocuraturpraxis bereits vollstreckt haben, können die ihnen noch ganz oder zum Theile fehlende Gerichtspraxis nachträglich zurücklegen.“

Die Regierungsvorlage, betreffend einen Gesetzentwurf über die Dauer und Anrechenbarkeit der Gerichtspraxis und die Disciplinar-Behandlung der Rechtspracticanten, lautet:

„§ 1. Die Richteramtscandidaten haben sich, um zur praktischen Richteramtprüfung zugelassen zu werden, mit einer zweijährigen Gerichtspraxis auszuweisen. Der Oberlandesgerichtspräsident bestimmt das Gericht, bei welchem die Gerichtspraxis zu vollstrecken ist; von derselben muß mindestens ein Jahr bei einem Gerichtshofe erster Instanz zurückgelegt werden.

§ 2. Den Rechtspracticanten, welche eine zweijährige Praxis vollendet haben, ist bei entsprechender Verwendung und tadellosem Verhalten auf ihr Ansuchen die Fortsetzung der Praxis bei einem Gerichte oder einer Staatsanwaltschaft zu bewilligen.

§ 3. Die Zeit der nach Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes zurückgelegten Gerichts-, eventuell staatsanwaltschaftlichen Praxis wird, wenn sie ununterbrochen ist und wenn sich an dieselbe eine nach den bestehenden Vorschriften anrechenbare Dienstleistung unmittelbar anschließt, vom Tage des geleisteten Gelöbnisses an für die Bemessung der Ruhegebühr angerechnet.

§ 4. Rechtspracticanten, welche die von ihnen angelobten Pflichten vernachlässigen oder verletzen, sind durch angemessene Ermahnungen zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten. Bleiben die Ermahnungen fruchtlos oder liegt eine schwere Pflichtverletzung vor, so kann vom Oberlandesgerichtspräsidenten die Entlassung des Rechtspracticanten, gleichviel, ob er bei Gericht oder bei der Staatsanwaltschaft in Verwendung steht, verfügt werden. Gegen die Entlassung kann binnen acht Tagen die Beschwerde an den Justizminister eingebracht werden. Die Entlassung hat die Wirkung, daß eine Wiederaufnahme in die Praxis nicht vor Ablauf von sechs Monaten stattfinden kann.

§ 5. Dieses Gesetz tritt drei Monate nach dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit. Mit der Durchführung desselben ist Mein Justizminister beauftragt.“

Dem Berichte des Ausschusses zur Vorberathung der Regierungsvorlage über die Verordnung des Gesamtministeriums vom 30. Jänner 1884, betreffend die Ausnahmeverfügungen für die Gerichtshofspengel Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt, entnehmen wir Folgendes:

„Die k. k. Regierung hat dem Ausschusse Mittheilungen gemacht, deren wesentlicher Inhalt dahin lautet:

Schon längst hat die ausländische social-revolutionäre Presse Haß, Erbitterung und Leidenschaft unter der Arbeiter-Bevölkerung Oesterreichs zu erzeugen versucht.

Als Johann Most im Herbst 1879 in London (gegenwärtig in Newyork) die Zeitschrift „Freiheit“, deren Verbreitung in Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit allen Mitteln der List stattfindet, erscheinen ließ und in derselben den Gedanken verfocht, daß die Arbeiter aller Länder nur durch gewaltthätige Zerstörung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustände, nur durch Vernichtung des Privateigenthums und durch die Aufhebung aller Classen- und Ständunterschiede eine Besserung der Lage der Arbeiter erlangen können, entwickelten sich auch innerhalb der österreichischen Arbeiter-Bevölkerung Tendenzen, welche einen nicht unbeträchtlichen Theil derselben nach und nach auf revolutionäre Bahnen zu drängen suchten.

Durch Brandschriften, welche in vielen tausenden von Exemplaren als Flugblätter unter die Massen bei den verschiedensten Anlässen verbreitet worden sind, wurde nach und nach der Boden unterwühlt und unter dem Einflusse von Emissären die geheime Club-Organisation unter den Arbeitern vorgenommen.

Im Jahre 1881 begann die „Freiheit“ und andere Presseerzeugnisse dieser Partei die Arbeiter an das Studium der Chemie dringend zu mahnen und ihnen nahezu legen, mit welchem Erfolge Dynamit im Kampfe gegen die Gesellschaft angewendet werden könne, und man möge nicht vor Mord, Brand und Plünderung zurückscheuen.

Diese continuirlichen Aufreizungen zur offenen Gewalt trugen schon zu Ende des Jahres 1881 ihre Früchte.

Am 4. Dezember 1881 nämlich wurde im Gasthause „zum grünen Säger“ in Wien der Polizeicommissär Rabl, als er eine Versammlung, in welcher revolutionäre Reden gehalten wurden, auflöste, thätlich angegriffen und schwer verwundet.

Ein Theil der Arbeiter, welcher besonnen genug war, das Verberbliche der revolutionären Taktik zu erkennen, constituirte sich als Fraction mit gemäßigten Tendenzen, konnte sich jedoch infolge andauernder leidenschaftlicher Bekämpfung und angewandeter Mittel des Terrorismus nur in wenig erfolgreicher Weise entwickeln, da die Anarchisten alle Versuche, die Lage der Arbeiter durch legislative Maßregeln zu verbessern, in der schroffsten Weise als Palliativmittel perhorrescieren, gegenüber welchen nur der völlige Umsturz der Gesellschaft angestrebt sei.

Systematisch wurden in Wort und Schrift die schlimmsten Leidenschaften unter den Arbeitern angefaßt und bei einem großen Theile derselben eine jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung wachgerufen.

Schon im Jahre 1882 zeigte das an dem Schuhmacher Werstallinger verübte Raubattentat, wie weit diese verderbliche Agitation um sich gegriffen hat.

Die maßgebendsten und gefährlichsten Wortführer der anarchistischen Partei wurden anlässlich dieses am 4. Juli 1882 mit seltener Wertgegenheit verübten Verbrechens und wegen hochverräterischer Umtriebe in strafgerichtliche Untersuchung gezogen.

Seit dem Ausgange dieses Processes wurde in gehobener Stimmung und mit deutlich wahrnehmbarer Zuvorsicht die revolutionäre Propaganda um so intensiver in die Massen getragen, und in einer Reihe von Schandthaten gibt die anarchistische Partei einerseits Lebenszeichen und andererseits Zeichen, wie weit schon die anarchistischen Theorien eine praktische Verwirklichung gefunden haben.

Immer lecker und provocatorischer wird das Verhalten der Partei-Angehörigen gegenüber den behördlichen Organen, und immer maßloser werden die Auswüthungen der Parteipresse; Most frohlockt in der Nummer 18 der „Freiheit“ über die Haltung der „Genossen“ in Wien und illustriert die Endziele der Anarchisten mit den Worten: „Und wenn man die heutige Welt nicht aus den Angeln heben kann, so wird man sie mit Dynamit sprengen.“

Die Agitatoren setzen alles daran, die Arbeiter in ihrem Haße gegen die Gesellschaft zu erhalten, und errichteten eine geheime Presse, deren Erzeugnisse das wirksamste Mittel hiezu bilden. Mit der Ueberschrift „Erste freie Presse Cisleithaniens“ erschienen neuerlich Brandschriften, welche massenhaft in Wien und in den Provinzen Verbreitung finden.

Die mit den deutschen Genossen liierten böhmischen Arbeiterführer proclamieren gleichfalls in einem böhmischen Flugblatte, daß dasselbe in der „První svobodná tiskárna v Čechách“ (Erste freie Druckerei in Böhmen) erzeugt wurde.

Am 10. August 1883 verübten zahlreiche Anhänger der anarchistischen Partei vor dem Amtsgebäude der Polizeidirection unter nichtigem Vorwande einen Straßeneggs, der nur durch das sofortige energischste Einschreiten der behördlichen Organe bewältigt werden konnte.

In einer zahlreich verbreiteten Druckschrift wird auch zu „Thaten angeeifert“ und mit den Worten geschlossen: „Nieder mit allen Tyrannen und ihren Schergen! Nieder mit allen Ausbeutern und Volksbetrügnern!“

Die Nummer 34 der „Freiheit“ vom 25. August 1883 bemerkt anlässlich der Verbreitung dieser Druckschrift, daß man bald „in Wien durch eine ganz andere Bescherung überrascht werden wird“.

Am 2. September 1883 wurde eine Volksversammlung einberufen. Trotzdem dieselbe behördlich untersagt wurde, erschien doch eine zahlreiche Arbeitermenge am Versammlungsorte, welche nicht ohne Mühe zerstreut werden konnte.

Bald darauf, am 6. September v. J., fanden die Excesse ihre Wiederholung, als eine Arbeiterversammlung im Paradiesgarten in Fünshaus neuerlich aus Rücksichten der öffentlichen Ruhe und Ordnung untersagt werden mußte.

Bei diesen Arbeiterversammlungen wurden Wachorgane verhöht, die einschreitenden Beamten beschimpft und revolutionäre Lieder gesungen.

Der Mißmuth darüber, daß durch diese auf die Straße getragenen Agitationen der in Aussicht genommene Zweck nicht erreicht wurde, reiste bei den Führern, welche sich nach außen hin als „Exekutiv-Comité“ bezeichnen und nach allen Richtungen hin, insbesondere mit zahlreichen Drohbriefen und Todesurtheilen, terrorisierend wirken, den Plan, nach der von der „Freiheit“ ausgegebenen Parole nicht mehr in Massen, sondern einzeln terroristische Acte zu verüben und zu diesem Zwecke sich mit der Erzeugung oder Einschmuggelung von Dynamit zu befassen.

Diese verbrecherischen Absichten und Pläne finden unverhüllten Ausdruck in einem neuen Flugblatte, welches Ende Oktober 1883 sowohl mit deutschem als auch mit böhmischem Texte erschienen ist. In demselben wird direct zur Ermordung von Polizei-Organen aufgefordert und die hiezu geeignete Taktik erörtert.

Diesen Anregungen entsprechend, vereinigte sich in der That eine Anzahl Arbeiter behufs Erzeugung von Dynamit, suchten einen Chemiker für ihre verbrecherischen Pläne zu gewinnen, wurden jedoch in der Ausführung durch das Einschreiten der Behörde rechtzeitig gehindert.

Am 26. und 27. Oktober 1883 wurde in einem geheimen Conventikel der Anarchisten in Lang-Enzersdorf im politischen Bezirke Korneuburg, an welchem Delegierte aus den meisten Kronländern sich beteiligten, ein neuer Aktionsplan discutirt und hiebei unter anderem beschlossen, mit allen zugebote stehenden Mitteln zur That gegen „Ausbeuter und behördliche Organe“ zu greifen, durch solche Acte des Terrorismus die Bevölkerung in fortwährender Aufregung zu erhalten und auf jede Weise die Revolution herbeizuführen.

Als Frucht dieser giftigen Saat ist die am 15ten Dezember 1883 in Floridsdorf erfolgte Ermordung des Concipisten Glubel anzusehen, der ein Drohbrief vorausgegangen war.

Die am 23. Jänner d. J. bei dem hiesigen Landesgerichte erfolgte Verurtheilung des Parteiführers Johann Rouget, welcher eine geheime Presse verborgen hatte, wurde am folgenden Tage mit der Ermordung des Polizei-Agenten Blösch erwidert.

Aus diesen und noch weiters mitgetheilten Details geht unzweifelhaft hervor, daß hochverräterische und die persönliche Sicherheit gefährdende Umtriebe in ausgedehnter Weise sich geoffenbart haben, und der Ausschuss konnte sich daher der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die gewöhnlichen Mittel der Regierung zur erfolgreichen Bekämpfung nicht mehr ausreichen und die Prämissen des § 1 des Gesetzes vom 5. Mai 1869 zur Erlassung von Ausnahmungsverfügungen für den Umfang der in der Verordnung vom 30. Jänner 1884 angeführten Gerichtshofsprenkel wirklich vorhanden, die Erlassung der Verordnung selbst gerechtfertigt sei.

Der Bericht des Ausschusses über die Regierungsvorlage vom 30. Jänner 1884, betreffend die Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte für die Gerichtshofsprenkel Wien und Korneuburg, bezieht sich zuvörderst auf § 1 des Gesetzes vom 23. Mai 1873 und führt dann weiter aus, daß die Regierung dem Abgeordnetenhaufe in der Sitzung vom 5. d. M. die Gründe für die Erlassung dieser Verordnung dargelegt und im Ausschusse noch weitere Aufklärungen gegeben hat, aus denen unzweifelhaft hervorgeht, daß von Seite der Anarchisten thatsächlich Einschüchterungsversuche den Geschwornen ge-

genüber gemacht worden sind. Im Hinblick auf die in dem gleichzeitig erstatteten Berichte über die Verordnung, betreffend die Ausnahmungsverfügungen für die Gerichtshofsprenkel Wien, Korneuburg und Wiener Neustadt, angeführten Thatfachen und namentlich darauf, daß auf solche Drohungen wiederholt blutige Erfüllung gefolgt ist, sei es außer Zweifel, daß die Umstände allerdings danach angethan seien, um auf die Geschwornen eine einschüchternde Wirkung auszuüben.

Die Regierung hat dem Gesetze entsprechend das Gutachten des Obersten Gerichtshofes eingeholt, welches folgendermaßen lautet:

„Ueber die sehr geschätzte Zuschrift vom 26sten Jänner 1884, Z. 1739, beehrt sich der k. k. Oberste Gerichts- und Cassationshof nach Anhörung der k. k. Generalprocuratur sein Gutachten dahin abzugeben, daß nach den gesammelten und mitgetheilten Erfahrungen über die seitens der extremen Socialistenpartei vorgekommenen Umtriebe und Ausschreitungen und über die bedrohliche Haltung der Anhänger dieser die öffentliche Ordnung im hohem Grade gefährdenden Partei, welche insbesondere mit Rücksicht auf die notorischen jüngsten Ereignisse unzweifelhaft geeignet erscheint, die freie Abgabe des Wahrspruches von Seite des zeitweilig zum Geschwornenamte in Strafsachen berufenen Bürgers mit Rücksicht auf seine, von jener des ständig angestellten, im Dienste gestählten Richters wohl verschiedene Stellung zu lähmen und zu beeinträchtigen, es zum Behufe der Sicherung einer unparteiischen und unabhängigen Rechtsprechung in Strafsachen immerhin als angezeigt und zweckmäßig sich darstellen dürfte, die Wirksamkeit der Geschwornengerichte in den zumeist bedrohten Landestheilen einzustellen. Der Oberste Gerichtshof ist auch damit einverstanden, daß diese Maßregel, wie beantragt, für Wien und Korneuburg auf die Dauer des laufenden Jahres verfügt werde, und daß sie hinsichtlich aller der Gerichtsbarkeit der Geschwornengerichte zugewiesenen strafbaren Handlungen jeder Art stattzufinden habe.“

Nach diesen Darstellungen erachtet der Ausschuss, daß im Gebiete der Gerichtshofsprenkel Wien und Korneuburg in Nieder-Oesterreich Thatfachen hervorgetreten sind, welche die zeitweilige Einstellung der Geschwornengerichte in den beiden genannten Gerichtshofsprenkeln im Interesse der unabhängigen Rechtsprechung und auch im Interesse der persönlichen Sicherheit der Geschwornen als nothwendig erscheinen lassen.“

Zur Lage.

Die „Wiener Abendpost“ vom 13. d. M. schreibt: Wie die Presse meldet, haben in der abgelaufenen Woche im Handelsministerium Conferenzen in Angelegenheit der Organisirung des Betriebes der Staatsbahnen stattgefunden. In diesen Conferenzen, welche unter dem Vorsitze des Sectionschefs Freiherrn von Rußwald abgehalten wurden und an denen außer dem Sectionschef von Egedit und dem Hofrath Ritter von Wittel auch zwei Vertreter des Kriegsministeriums, nämlich Generalmajor Ritter von Merkl und Oberst von Pittreich, theilnahmen, wurde das Statut, betreffend die Organisation des Staatsbahnbetriebes, festgestellt. — Die Neue freie Presse, welche gestern berichtete, daß sich ein Ministerrath mit dieser Angelegenheit beschäftigt habe und aus diesem Ministerrathe auch schon unterschiedliche Details mitzutheilen wußte, möchten wir bei diesem Anlasse aufmerksam machen, daß ein Ministerrath über diese Frage gar nicht stattgefunden hat.

Die Befriedigung, welcher der Herr Minister Dr. Freiherr von Pražák über das Zustandekommen des Gesetzes, betreffend die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, Ausdruck ließ — eines Gesetzes, in welchem es, wie der Herr Minister treffend hervorhob, „keinen Unterschied zwischen Rechts und Unrechts gab, sondern nur sachliche Motive bei der Erwägung und Abstimmung maßgebend waren“ — findet in den Aeußerungen der heutigen Wiener Morgenblätter ihr Echo. „Es ist erfreulich — schreibt das Fremdenblatt — daß endlich ein Postulat nicht allein des Menschlichkeits-, sondern auch des Rechtsgefühles in Erfüllung geht. Endlich stand das Parlament vor einer Frage, in welcher es durch keine Parteiungen und vorgefasste Meinungen zerklüftet war.“ — Die Neue freie Presse hebt die „weitreichende justizpolitische, culturelle und ethische Bedeutung“ des erwähnten Gesetzesentwurfes hervor. — Die Presse sagt: „Mit der Botirung des Gesetzes ist ein großer Schritt auf der Bahn humaner und gerechter Reformen geschehen.“ — Die Vorstadt-Zeitung schreibt: „Eine Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher alle Beschlüsse, darunter einer von größter cultureller Bedeutung, einstimmig gefaßt wurden — das ist der günstige Eindruck, welchen wir von der gestrigen Kammerberatung mit nach Hause nahmen.“

Der Nemzet tritt der Auffassung entgegen, als ob durch die gegen anarchistische Umtriebe gerichteten Ausnahmemaßregeln in mehreren Staaten Europa's die Freiheit bedroht wäre. Die Gesellschaft führe gegen die Mißethäter und nicht gegen politische Maximen den Kampf, wie es denn auch nirgends in Europa eine politische Partei gebe, die sich mit den Anarchisten identificiren würde.

In beiden Häusern des englischen Parlamentes wurde am 12. d. M. abends die Debatte über das von den beiden Führern der Opposition, Lord Salisbury und Sir Stafford Northcote, beantragte Adelsvotum wider die egyptische Politik der Regierung begonnen und im Oberhause auch gleich mit einer schweren Niederlage des Ministeriums, das nur 81 gegen 181 Stimmen aufbrachte, beendet. Für den Fortbestand des Cabinets Gladstone ist diese Niederlage indessen nicht entscheidend; die wirkliche Entscheidung liegt im Unterhause, wo die Debatte fortgesetzt wird. Am 11. d. M. war die Regierung der Majorität noch sicher, aber die Unzufriedenheit in den Reihen der letzteren kam bereits in dem schriftlichen Verlangen nach einer klareren und entschiedeneren Politik in Egypten zum Ausdruck. Auf diese Unzufriedenheit, welche sich auch in der Presse und in anderen öffentlichen Kundgebungen, so in der Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung in der Londoner Guildhall, kundgibt, rechnet bei ihrer numerischen Schwäche die Opposition, während die Regierungspartei hofft, daß die irischen Nationalen unter Parnell entweder mit ihr oder gar nicht stimmen, auf keinen Fall aber mit den Conservativen, den Freunden der irischen Orangisten, gehen werden. — Der Opposition kommt die neueste Prognose aus Egypten, der Fall Sinkats auf der Route Suakim-Berber, zugute, der nun doch die englische Regierung zum Aufgeben ihrer bisherigen Politik der Unthätigkeit und zur Absendung beträchtlicher Streitkräfte bewogen hat. Natürlich wird die Opposition diese Schwendung als das klarste Eingeständnis der bisherigen Fehler von Seite der Regierung hinstellen und behaupten, daß derselben die richtige Einsicht viel zu spät gekommen sei.

Tagesneuigkeiten.

— (Graf Hugo Rhevenhüller †.) Am 13. d. M. ist in Wien der k. k. Kämmerer Graf Hugo Rhevenhüller zu Frankenburg, Oberst-Erblandstaalmeister von Kärnten, Magnat von Ungarn, Landstand in Ober- und Niederösterreich, Böhmen, Mähren, Schlesien und Kärnten, Ehrenritter des souveränen Malteser-Ordens, im 67. Lebensjahre gestorben. Die Leiche des Verstorbenen wird nach Kammer am Attersee überführt und dort beigesetzt.

— (Der 90. Geburtstag des Pater Bede.) Man schreibt aus Florenz, 9. d. M.: „In dem unweit von hier lieblich gelegenen Fiesole feierte gestern der hochbetagte General des Jesuitenordens, Pater Bede (geboren am 8. Februar 1794 zu Mecheln), seinen 90sten Geburtstag. Der erste schriftliche Glückwunsch, der dem Greise anlässlich dieser Feier überreicht wurde, war ein päpstliches Breve, in welchem Leo XIII. seinem „Freunde“ aufs herzlichste gratulierte. Glückwunschschreiben hatten ferner der Cardinal-Staatssecretär Jacobini, dann der Decan des heil. Collegiums, Cardinal di Pietro, und fast sämtliche in Rom residirenden Ordensgenerale eingeschickt, während die Cardinale Gratulationen durch den elektrischen Draht nach Fiesole besörderten. Von den Anverwandten des Generals ist heute keiner mehr am Leben.“

— (Suakim.) Suakim, welches in diesem Augenblicke die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist der einzige Hafenplatz Rubiens und einer der heißesten Punkte der Erde. Im Mittelalter war es einer der größten Handelsplätze des östlichen Afrika, verlor seitdem an Bedeutung, ist aber noch immer der Mittelpunkt des Handelsaustausches zwischen Arabien und Indien einerseits, Rubien und Inner-Afrika andererseits, und dürfte als solcher eine ganz ungeahnte Entwicklung nehmen, wenn die Engländer erst ihre längst geplante Eisenbahn von Suakim nach Berber am Nil ausgeführt haben. Suakim liegt auf einer Insel in einer 15 Kilometer breiten Meeresbucht mit engem Eingange, welcher einer kleinen breitbauchigen Flasche ähnelt; eine Brücke verbindet die Inselstadt mit dem Festlande, wo die Vorstadt Gef liegt, welche alle wichtigeren Gebäude, die Bazars und die Kaserne umfaßt. Die Einwohnerzahl beider Städte wurde von Schweinfurth auf 11- bis 13000 Köpfe geschätzt. Das von Hügeln überragte Hinterland ist sehr unfruchtbar, dürr und salzig; dagegen ist die Gegend von Tofar, wo Bakers Heer geschlagen wurde, Suakims Kornkammer. Mit dem Wasser ist es in Suakim meistens schlecht bestellt; die Brunnen sind 2 Kilometer außerhalb Gef; das Wasser, welches sie liefern, wird mit dem Fortschreiten der heißen Jahreszeit stets spärlicher, trüb und ungesund. Ein Versuch, die Leitung abzuschneiden, wurde bereits vom Feinde gemacht, aber vereitelt.

Locales.

Exposé über die Mittheilungen des krainisch-küstenländischen Forstvereines.*

(Schluß.)

Am Eingange begrüßen wir einen Vortrag des ersten österreichischen Entomologen F. Wachtel über das Wesen der in neuester Zeit aufgetretenen Tannenwickler, an welches Thema sich eine Darstellung über Holz-Hausindustrie nebst Beleuchtung der eingeleiteten

* Bergl. Nr. 36 d. Bl.

Ausstellung durch die Referenten Forstmeister Faber und Gladil anschmiegt und am Schlusse vom Forstmeister M. Scheyer ein Ueberblick über den Stand der vom Vereine in der letzten Berathung ventilirten Frage, belangend die Uebertragung von Liegenschaften aus dem Grundbuche in die Landtafel, gegeben wurde.

Der vom Vereine gefasste Entschluss, wegen Unterstützung jener vom Landesausschusse angeregten Idee, im waldbreichen Gebiete zu Gottschee behufs Förderung der Haus-Holzindustrie eine Werbeschule zu errichten, beizutreten, muß mit umso größerer Freude begrüßt werden, als dadurch nicht nur ein bestehendes Abfahrgelände erweitert, sondern ganz vorzugsweise heute noch nicht exploirbare Rohstoffe dem Verbräuche übergeben werden.

Eine selbständige Abhandlung über „die sogenannte Badner Weichsel als Kulturzweig für Unterkrain“ macht uns mit einer Erwerbsquelle der Bodencultur bekannt, welche nicht nur in der Lage ist, namhafte Ertragsziffern der Ackerkrume abzugeben, sondern gerade für die gewählte Situation von höchwichtigem, national-ökonomischem Interesse ist.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung finden wir die bereits genehmigte Nachtragsforderung behufs Vermehrung von Berufsbeamten bei den politischen Behörden, und können es uns nicht versagen, aus der vorzüglichen Feder, welche den bezüglichen Motivenbericht niederlegte, lediglich den Umstand hervorzuheben, daß die Aufgabe dieser Kräfte nicht nur eine polizeiliche, sondern auch eine forstculturelle sein wird. Gerade die culturelle Mission hat mit den vorgeschlagenen Urtheilen zu brechen, welche im Forstgesetze kaum etwas Besseres als eine traditionelle unnötige Beschränkung des Waldeigentums zu erkennen vermögen.

Und nun zum Gesetzesantrage der Regierung, welcher unter den schlichten Worten „Vorkehrung zur unschädlichen Ableitung der Gebirgswässer“ in legislative Behandlung gelangte.

„Man muß sie rücksichtslos bekämpfen,“ sagt Oberforstmeister Demomby, „sie bändigen, sie in die Unmöglichkeit versetzen, je wieder Schaden anzurichten, sie von allen Seiten mit einem kontinuierlichen Vegetationsgürtel einfassen und sie in den Tausenden von Armen des Waldes ersticken, des einzigen Riesen, welcher mächtig genug ist, sie zu vernichten.“

Es genügt die Wichtigkeit des Gegenstandes, die Verbannung und Regulierung der Gebirgswässer durch die vorangefendeten, auf langjährigen Erfahrungen ruhenden Ergebnisse vollinhaltlich zu begründen, und selbst dem Laien vermag ein Einblick in die abgehandelten Thesen der ewig schaffenden Natur gestattet zu werden. Durch diese Anordnung soll seinerzeit nach erlangter Gesetzeskraft den einzelnen Momenten der Wildbach-Verheerung, welche sich kurz in folgenden Inhalt fassen lassen, begegnet werden: „Die Verstockung des Bodens mit Wald verhindert die Bildung von Wildbächen. Die Entwaldung liefert den Boden den Wildbächen als Beute aus.“

„Durch Ausdehnung der Wälder werden die Wildbäche beseitigt. Das Verschwinden des Waldes verdoppelt die Heftigkeit der Wildbäche und kann die selben sogar von neuem hervorbringen.“

Wohl hat heute unser schönes, vom Alpenschnee so reich gezeiertes Krainerland noch mächtige Waldschätze aufzuweisen; noch lange rüttelt die entfesselte, alles verheerende Kraft des Wassers nicht an den ehernen Felsen der Natur, an den bestockten Berg- und Gebirgshängen. So möge denn auch ferner aus eigener Initiative der Besitzer der sorgsame Vermittler, der Wald, seinen weiteren ungeschmälerten Fortbestand genießen!

Schließlich bleibt uns noch eine selbständige Abhandlung des Forstmeisters J. v. Obereigner: „Ueber trockene Destillation des Buchenholzes“, ferner die vom k. k. Landesforstinspector W. Goll mitgetheilten, bereits kundgemachten Vorkehrungen bezüglich Vertilgung der in Krain aufgetretenen Tannentriebwicker, als auch die Erinnerung ob energischer Handhabung des Forstschutzdienstes wegen eingeschlichenen Forstfrevels im Entzweigen junger Föhrenbäume, aus deren Knospen die Gewinnung von Coniferenspritz erfolgt, hervorzuhellen.

Auf den technischen Theil erstgenannter Abhandlung vermögen wir aus dem Grunde nicht näher einzugehen, weil eine Erörterung der Frage einerseits den gegebenen Rahmen überschreiten und weil andererseits nur einseitige Interessen damit berührt werden würden.

Der gleichfalls vom k. k. Landesforstinspector W. Goll mitgetheilte Fortschritt in der Karstaufforstung und Wiederbegründung des Waldes überhaupt läßt keinen Zweifel zu, daß durch zweckentsprechende Handhabung des Forstgesetzes namhafte Erfolge auf dem Gebiete der Wiederbewaldung zu erzielen sind.

Der zum Schlusse vom Vereinscassier J. N. Mach vorgelegte Rechenschaftsbericht läßt einen gedeihlichen Aufschwung des Vereins erkennen.

— (Ernennung.) Der Erste Oberstforstmeister hat den Hilfsämter-Adjuncten Heinrich Ritter v. Benckstein im Vigenhorst zum Ceremoniel-Protokollsführer im Oberstforstmeisteramte ernannt.

* Studien über die Arbeiten der Wiederbewaldung und Berafung der Gebirge.

— (Spenden.) Frau Louise Dapnik spendete dem Kaiserin-Elisabeth-Kinderospitale in Laibach ein vollkommen eingerichtetes Kinderbett. Frau Serafine Jescho sandte der Anstalt anlässlich der Christbaumfeier nachträglich eine Schachtel Biscuit, zwei Schachteln Spielzeug und drei Puppen. Für diese Gaben sagt der Verwaltungsrath den herzlichsten Dank.

— (Zur Faschingschronik.) Wir werden ersucht, mitzutheilen, daß mit Rücksicht auf den Samstag, den 16. d. M., in den Localitäten der früheren Schießstätte stattfindenden Handelsball die für den gleichen Tag angesagt gewesene Tanzübung des Casino-Vereines entfällt.

Unter den Vorbereitungen für den Handelsball, die, wie schon erwähnt, in umfassendster Weise getroffen werden, befindet sich die Herstellung ganz exquisit schöner Damenspenden, die aus dem ersten Atelier der Residenz stammen.

— (Die Faschings-Viedertafel des Männerchores der philharm. Gesellschaft.) Wie wir bereits in Kürze berichteten, gestaltete sich dieser Abend zu einer der animirtesten Unterhaltungen, die im Laufe der Jahre seitens des Männerchores der philharm. Gesellschaft gegeben wurden. Schon um 1/8 Uhr war der Glasalon der Casino-Restaurations von einem sehr gewählten Publicum dicht besetzt, und Späterkommen den gelang es nur sehr schwer, noch ein Plätzchen zu erhalten. Unter den Anwesenden befanden sich u. a. Se. Exc. FML. und Truppendivisionsritter v. Müller, Oberst Ludwig, Oberst Rudolf Baron Rechbach u. s. w. n. s. w. Schlag 8 Uhr wurde die Reihe der Productionen eröffnet, und zwar wechselten die Gesangsvorträge mit Musikpièces, executiert von unserer trefflichen Regimentskapelle Baron Ruhn unter persönlicher Leitung des tüchtigen Kapellmeisters Herrn Nemrawa. Der gesangliche Theil des Programmes war ebenso reichhaltig als abwechslungsreich zusammengestellt und enthielt 10 Nummern. Die beiden ersten Gesangsvorträge, welche den Abend stimmungsvoll einleiteten, waren ernstlicher Natur, und gefiel insbesondere „Meine Muttersprache“, Chor mit Bariton solo, eine herrliche Composition des unvergesslichen Engelsberg! Nun folgten in rascher Aufeinanderfolge mehrere humoristische Vorträge: „Frühlingslandschaft“, „s' Wiener Frühl“, „Held Samson“ u. s. w., welche die Gesellschaft in die richtige Faschingsstimmung brachten und nicht endenwollende Lachsalven hervorriefen.

Die Soloscenen wurden im Costüme vorgetragen, und verdienen sämtliche Mitwirkende, die Herren: Director Dr. Reesbacher, H. Schäffer, J. Rosler, Karl Tüll, Palfinger, Ranth, Pod und Pribošich, die größte Anerkennung. Von zündender Wirkung war die Pièce: „Ernstes und Heiteres“ für Fagott mit Instrumentalbegleitung, virtuos vorgetragen von Herrn Jos. Sklenar. Der famos Faschingschor: „Der Erlenkönig“ fand ebenfalls jubelnden Beifall. Der reizende Chor von Engelsberg: „Poeten auf der Alm“, der gerade um Mitternacht abgefunden wurde, beschloß die genussreichen Productionen und muß die Glanznummer des Abends genannt werden. Nun schied ein Theil der Gesellschaft. Rasch wurden hierauf die Tische entfernt, und es begann der Tanz, an welchem sich die zahlreich anwesende junge Welt mit Ausdauer bis in die frühesten Morgenstunden betheiligte. Die Regimentskapelle, welche, wie bereits erwähnt, schon früher die beliebtesten Pièces zur Aufführung brachte, spielte nun wahrhaft elektrisirende Tanzweisen.

— (Gemeindevahl.) Bei der am 27. Dezember v. J. stattgefundenen Wahl des Gemeindevorstandes in Schwarzenberg. Bezirk Voitsch, wurden Anton Plešner, Postmeister und Realitätenbesitzer in Schwarzenberg, zum Gemeindevorsteher und die Grundbesitzer Jakob Habe aus Sadlog, Matthäus Lampe und Georg Lampe aus Schwarzenberg zu Gemeinderäthen gewählt.

— (Aus Villach) schreibt man: Der Segelschlitten ist in den norwegischen Fjorden bereits seit Jahrhunderten im Gebrauch, während er in Amerika erst vor ungefähr 25 Jahren eingeführt wurde. In Oesterreich wurde noch mit keinem Eissegelboote gefahren, und es gereicht uns daher zu großem Vergnügen, die Thatsache verzeichnen zu können, daß es zwei Villacher gewesen sind, welche die erste Fahrt mit einer Eis-Yacht in Oesterreich, und zwar auf dem einer schönen Zukunft entgegenrückenden Ostiacher See unternahmen. Diese zwei Herren sind der Apotheker Dr. Ernst Rumpf und der Restaurateur auf dem Bahnhofe in Villach, Max Brand (früher in Laibach), welche auch die Besitzer der nach ihren Angaben vom Zimmermeister Matitsch im nahen Bölkendorf und von dem Schmiedmeister Thomafer in St. Martin bei Villach vorzüglich construirten Eis-Yacht sind. Beide genannte Herren sind Mitglieder des Ruderclubs „Villach“ und haben mit ihrer Yacht bereits manche außerordentlich gelungene Fahrt auf dem eifigen Spiegel des Ostiacher Sees auch im Vereine mit einigen anderen Mitgliedern des Ruderclubs unternommen. Am 24. Jänner fuhr Herr Dr. Ernst Rumpf und Herr Hans Bruck bis unmittelbar vor Ostiach mit einer größeren Geschwindigkeit, als der des gleichzeitig dahinbrausenden Eisenbahnzuges. Die auf dem östlichen Ufer des See's angesammelten Zuschauer waren über die Fahrgeschwindigkeit des neuen Fahrzeuges im hohen Grade erstaunt. Die Strecke von

Sattendorf bis Heiligenstadt (2,200 Kilometer) wurde in drei Minuten! zurückgelegt. — Seitdem wurden bei scharfer Brise noch einige schöne Fahrten gemacht, die von zahlreichen Herren und schönen Damen aus Villach mit großem Gefallen bewundert wurden.

— (Landschaftliches Theater.) Die gestrige Benefizvorstellung des Herrn Max Brandeis, Raimund's „Der Verschwenker“, hatte einen in jeder Richtung glänzenden Erfolg. Das Haus war nahezu ausverkauft, der Benefiziant ward mit stürmischem Applaus empfangen und erhielt drei prächtige Kränze mit schweren Schleifen. Gespielt wurde von allen Mitwirkenden ganz vorzüglich; es war diese Aufführung des unvergänglichen Meisterwerkes von Raimund's herrlicher Volksmuse eine wahre Mustervorstellung, was namentlich auch für die große Beliebtheit des Benefizianten unter seinen Kollegen zeugt. Hervorragend waren aber die Leistungen des Hrn. Herrmann (Tosa) und der Frau Podhorsky-Keller (ein altes Weib) sowie der Herren Romani (Valentin), Panly (Blottwell) und Nibdt (Wolf). Herr Brandeis selbst, der den „Chevalier Dumont“ gab, charakterisierte wie immer bestens in Maske und Spiel. Eine reizende „Cheristane“ war Fr. v. Bed.

Das eingelegte Concert bot in den beiden Viedern: „Dann ist alles vorüber“ von Hidel, allerliebst und reizend vorgetragen von Fr. M. Palme, und „Hast du mich lieb“ von Bohm, sehr stimmungsvoll und zart zur Geltung gebracht von Herrn M. Martini, einen wahren Kunstgenuss. Das heitere Moment vertrat Herr Ander mit mehreren Couplets, darunter die „Wiener Manieren“, die von zündender Wirkung waren. Eine vierte angelegte Nummer, ein Lied, das Herr Charles singen sollte, entfiel ohne Absage. Der Abend war, wie schon bekannt, ein in jeder Beziehung vollkommen zufriedenstellender.

—CS.

Neueste Post.

Fiume, 13. Februar. Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Joseph begab sich heute auf dem Dampfer „Deli“ nach Abbazia, um Se. k. und k. Hoheit den durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Albrecht abzuholen, höchstwahrscheinlich mehrere Tage in der Villa Giuseppe verweilen wird. — Der gestrige Ball im Gouvernementspalaste ist glänzend ausgefallen. Der Gouverneur und dessen Gemahlin machten in liebenswürdigster Weise die Honneurs.

Fiume, 13. Februar. Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Albrecht machte gestern von Abbazia auf dem Dampfer „Deli“ einen größeren Ausflug und besichtigte incognito die Stadt Buccari.

Wien, 14. Februar. Im Abgeordnetenhaus begann heute die Debatte über die beiden Ausschussberichte, betreffend die Ausnahmeverfügungen für die Gerichtshofsprenkel Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt. Nachdem als erster Redner namens der Minorität Freiherr von Scharschmid gesprochen, ergriff der Herr Ministerpräsident Graf Taaffe das Wort, um in längerer wirkungsvoller Rede den Standpunkt der Regierung zu kennzeichnen.

Wien, 14. Februar. In den Kreisen der Wiener Advocatenwelt erregt das heute bekannt gewordene Verschwinden des Advocaten Dr. Ernst Boszauer Eblen von Ehrenthal nicht geringes Aufsehen.

Budapest, 13. Februar. Ministerpräsident von Tisza ist heute abends nach Wien abgereist, wo derselbe einige Tage verweilen wird.

Kairo, 14. Februar. Die Vorbereitungen für den Abmarsch der nach Suakim bestimmten Truppen werden lebhaft betrieben. Außer dem Obersten Clerly soll kein Mitglied des Generalstabes die Occupationsexpedition begleiten. Aus Suakim vom 13. d. abends 7 Uhr wird gemeldet: Die Entsendung von Truppen nach Suakim wurde officiell bekannt gemacht. Es wurde ein Schreiben nach Tokar gesandt, in welchem die Garnison aufgefordert wird, sich nicht zu ergeben, da man Unterstützung abgesandt habe. Fünf Mann der ehemaligen Garnison von Sinkat und mehrere Frauen aus Sinkat sind morgens in Suakim eingetroffen, bestätigten die bereits gemeldeten Nachrichten über die Einnahme von Sinkat im vollen Umfange und fügten hinzu, daß sich die Anführer der Aufständischen erboten hätten, das Leben der Mannschaft der Garnison unter der Bedingung zu schonen, daß Tewfik Pascha ausgeliefert würde.

Lottoziehung vom 13. Februar:

Brünn: 60 82 55 62 27.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Temperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
14.	7 U. Mg.	743,50	- 2,0	ND.	schwach	2,00
	9 „ „	739,88	+ 5,4	ND.	schwach	Schnee
	2 „ „	738,38	+ 3,4	SD.	schwach	

Tagsüber heiter, abends bewölkt, nachts Schneefall. Das Tagesmittel der Temperatur + 2,6°, um 2,6° über dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: P. v. Radics.

ordnungsmäßigen Wege einschreiten und die zu seiner Vertheidigung erforderlichen Schritte einleiten könne, widrigens diese Rechtsache mit dem aufgestellten Curator nach den Bestimmungen der Gerichtsordnung verhandelt werden und der Beklagte, welchem es übrigens freisteht, seine Rechtsbehelfe auch dem benannten Curator an die Hand zu geben, sich die aus einer Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

R. I. Bezirksgericht Littai, am 4ten
Februar 1884.